

Digitalpolitische Projekte im Koalitionsvertrag 2018 - 2021

Auswertung des Umsetzungsstandes zum Ende der 19. Legislaturperiode

Stand: Juli 2021

bitkom

Auf einen Blick



- In ihrem [Koalitionsvertrag](#) haben CDU, CSU und SPD insg. **135 konkrete digitalpolitische Vorhaben** vereinbart.
- Die Bitkom-Auswertung zum Ende der Legislatur ergibt, dass von diesen 135 Vorhaben
 - **64 (47,4%) vollständig,**
 - **47 (34,8%) teilweise und**
 - **24 (17,8%) nicht bzw. nicht ausreichend umgesetzt** worden sind.
- Damit wurden **gut 82 % der vereinbarten Vorhaben ganz oder teilweise erledigt.**

- In diesem Dokument finden Sie eine Aufschlüsselung der einzelnen Maßnahmen inkl. einer inhaltlichen Kurzbewertung.
- Eine politische Einordnung dieser Ergebnisse können Sie unserer [Pressemitteilung](#) entnehmen.

Methodische Hinweise



- Zum **Ende der 19. Legislaturperiode** haben wir die Umsetzung der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vereinbarten digitalpolitischen Vorhaben überprüft.
- Dabei haben wir uns auf die besonders **konkreten Vorhaben** beschränkt (insg. 135). Allgemeine Willensbekundungen oder unkonkrete Formulierungen wurden ausgeklammert.
- Auswahl und Bewertung der Umsetzung basieren auf der **Einschätzung der** für den jeweiligen Fachbereich zuständigen **Expertinnen und Experten** der Bitkom-Geschäftsstelle.



Digitalvorhaben der Bundesregierung und ihre Bewertung

Arbeit

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
1	Aufbau regionaler Kompetenzzentren der Arbeitsforschung	↑	Die ESF-geförderten „Regionalen Zukunftszentren“ in Ostdeutschland und das übergeordnete „Zentrum digitale Arbeit“ haben Ende 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Wie in der KI-Strategie der Bundesregierung angekündigt, wurde das Modell der „Zukunftszentren“ inzwischen auf ganz Deutschland ausgeweitet. Insgesamt werden seit Frühjahr 2021 und bis Ende 2022 sieben „Regionale Zukunftszentren“ und ein überregionales „KI Wissens- und Weiterbildungszentrum“ gefördert. Diese befinden sich noch in der Aufbauphase.
2	Umsetzung nationale Weiterbildungsstrategie	→	Im Juni 2019 wurde die nationale Weiterbildungsstrategie verabschiedet. Laut Umsetzungsbericht (Juni 2021) wurden drei Viertel der getroffenen Vereinbarungen umgesetzt oder auf den Weg gebracht.
3	Ausrichtung von Arbeitsmarktinstrumenten auf digitale Weiterbildung	↑	Das Qualifizierungschancengesetz wurde verabschiedet. Beschäftigte erhalten grundsätzlich Zugang zur Weiterbildungsförderung, wenn sie als Folge des digitalen Strukturwandels Weiterbildungsbedarf haben.
4	Evaluierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	↓	Mit der wissenschaftlichen Evaluation wurde im Jahr 2020 ein externes Forschungsinstitut beauftragt, die Berichterstellung erfolgt bis Ende 2021. Die Gesetzesevaluierung, also die Reform des Gesetzes, ist bisher jedoch nicht erfolgt.
5	Reform des Arbeitszeitgesetzes	↓	Das Arbeitszeitgesetz wurde nicht reformiert.

Bildung I

Nr.	Vorhaben KoA V	Bewertung	Stand/Hintergrund
6	Nationalen Bildungsrat einrichten	↓	Nicht umgesetzt, da Bayern und Baden-Württemberg das Vorhaben in der geplanten Form nicht mittragen.
7	Digitalpakt Schule	→	Der Digitalpakt Schule wurde de jure verabschiedet, aber der Mittelabfluss stockt: Von den 3,5 Mrd. Euro für diese Legislaturperiode waren bis 31.12.2020 lediglich knapp 112 Mio. Euro abgeflossen.
8	Weiterbildung von Älteren im Bereich Digitalisierung	↓	Übersichtliche Informationsbroschüren für ältere Zielgruppen wurden geschrieben (BMFSFJ). In der Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ der Bundesregierung muss älteren Menschen aber ein viel höherer Stellenwert eingeräumt werden.
9	Initiativen zu Stärkung der MINT-Bildung in Deutschland	↑	Beispielsweise wird das „Haus der kleinen Forscher“ seit dem 1. Januar 2021 vom BMBF institutionell gefördert. Mit dieser dauerhaften Förderung erhält die Stiftung 11,9 Millionen Euro pro Jahr aus Bundesmitteln. Auch eine MINT-E-Plattform soll von der im Mai 2021 geschaffenen Stelle MINT vernetzt aufgebaut werden.
10	Ausbau „Initiative Berufsbildung 4.0“	↓	Es ist kein signifikanter Ausbau der "Initiative Berufsbildung 4.0" erfolgt.
11	Ausweitung des Sonderprogramms zur Digitalisierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)	↑	Für ÜBS hat das BMBF das Sonderprogramm 2020 mit neuen Fördermöglichkeiten ausgeweitet und verlängert. So konnten im Herbst 2020 15 neue Projekte starten.
12	Lehrerfortbildung im Bereich Digitalisierung	↑	Die Richtlinie zur Förderung von Projekten in der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ mit den Schwerpunkten „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ und/oder „Lehrerbildung für die beruflichen Schulen“ wurde im November 2019 beschlossen.

Bildung II

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
13	Verbesserung der Digitalisierung an Hochschulen	↑	Die Förderinitiative „Innovative Hochschule“ ist mit bis zu 550 Millionen Euro für zwei Auswahlrunden à 5 Jahre ausgestattet und richtet sich insbesondere an kleine und mittlere Universitäten sowie Fachhochschulen.
14	„Open University Network“ für Fernhochschulen	↓	Nicht umgesetzt.
15	Nationale Bildungsplattform	→	Die Umsetzung der Nationalen Bildungsplattform lief erst im Februar 2021 an und befindet sich momentan noch in einem Prototypen-Wettbewerb. Vor 2023 ist mit keiner Plattform zu rechnen.
16	Regionale Kompetenzzentren zur Vermittlung technischen & pädagogischen Know-how	↓	Das Vorhaben wurde im Rahmen der Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft noch unter Bundesministerin Johanna Wanka beschlossen. In der folgenden Legislaturperiode wurde es aber kaum weiter vorangetrieben.
17	Außerschulische Medien- & Digitalbildungsprojekte	↑	Im Rahmen der Initiative "MINT Zukunft schaffen" gibt es verschiedene Wettbewerbe, u.a. die Auszeichnung "digitale Schule" unter der Schirmherrschaft von Staatsministerin für Digitales Dorothee Bär.
18	Einsatz adaptiver Lernsysteme und "Serious Games"	↓	Die Novellierung des BBiG zum 01.01.2020 macht die berufliche Bildung attraktiver, flexibler und ermöglicht internationale Anschlussfähigkeit der Berufsbezeichnungen. Der Einsatz adaptiver Lernsysteme und "Serious Games" spielt jedoch keine Rolle.
19	Online-Lernangebote an Hochschulen	→	Das BMBF unterstützt im Förderschwerpunkt „Digitale Hochschulbildung“ seit 2017 Projekte, die sich unterschiedlichen Themen- und Anwendungsfeldern widmen. Dazu gehört die Bund-Länder-Initiative zur Förderung der Künstlichen Intelligenz in der Hochschulbildung sowie vier Förderlinien in der Forschung zu digitaler Hochschulbildung. Damit wurde viel angestoßen, aber noch nicht alles umgesetzt.

Datenschutz I

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
20	EU/US-Privacy-Shield	→	Die Rechtsunsicherheiten für den EU-US-Datentransfer sind nach wie vor groß. Ein neues Privacy Shield ist noch nicht verabschiedet und die Folgen der EuGH-Schrems-II-Entscheidung wirken sich auch auf alle anderen Drittstaatentransfers aus. Gut ist, dass z.B. die Adäquanzentscheidung für den Datenaustausch mit Korea voranschreitet und auch die Adäquanzentscheidung für UK den europäischen Datenaustausch aufrecht erhalten wird.
21	ePrivacy-Verordnung und Data Governance Act	↓	Die Verabschiedung der ePrivacy-Verordnung steht noch aus. Mit dem nationalen TTDSG sind nochmals neue Regelungen auch für den Bereich eingeführt worden. Das im Data Governance Act vorgeschlagene Innovationsboard kann Chancen bieten, die Ausgestaltung bindet jedoch insbesondere die Wirtschaft nicht ausreichend ein.
22	"Privacy by Default" & "Privacy by Design" für Websites	→	Mit dem neuen TTDSG sind auch Regelungen für sogenannte PIMS eingeführt worden. Im Bereich von Privacy by Design und by Default gibt es jedoch bisher keine neuen Ansätze, die tatsächlich die Kompetenz der Nutzerinnen und Nutzer stärken.
23	Sicherstellung von Datenportabilität & Interoperabilität	→	Im Bereich Datenportabilität und Interoperabilität sind neue Gesetzesvorhaben angestoßen und auch GAIA-X zielt darauf ab, Daten leichter zwischen Anbietern tauschen zu können. Auch Initiativen der Wirtschaft unterstützen bessere Datentransfers. Datenaustausch scheitert aber nach wie vor an verschiedenen Restriktionen des Datenschutzrechts, die bisher noch nicht angepasst wurden.
24	Transparenz im Bereich von Online-Vergleichs- und Beratungsportalen	↑	Neue Transparenzvorgaben wurden durch die Umsetzung der Modernisierungsrichtlinie eingeführt.

Datenschutz II

Nr.	Vorhaben KoAV	Bewertung	Stand/Hintergrund
25	Daten-Ethikkommission	↑	Die Datenethikkommission wurde geschaffen und hat die Bearbeitung der ihr vorgelegten Fragen im Abschlussbericht zusammengefasst.
26	Umsetzung eines einheitlichen europäischen digitalen Binnenmarkts	↓	Nach wie vor gab es in der Legislatur viele nationale Regelungen, die den europäischen Binnenmarkt eher behindern.
27	Stärkung Daten-Souveränität auf europäischer Ebene	↓	Datensouveränität auf europäischer Ebene hängt maßgeblich von funktionierender Datenökonomie ab, die jedoch durch zu viele Einzelvorschläge eher noch gehemmt wird. Mit der Datenstrategie sind wichtige Vorhaben angestoßen worden, aber noch nicht zielsterbig genug umgesetzt. Das Potenzial von GAIA-X sollte dringend genutzt werden.
28	Evaluierung der Datenschutz-Grundverordnung	→	Der Review der DS-GVO blieb bisher nahezu folgenlos.
29	Stärkung sicherer, mobiler, digitaler Authentifizierung	↑	Der Vorschlag zur European Digital Identity ist zu begrüßen und orientiert sich an Deutschlands Vorschlägen. In Deutschland wurden zudem durch Gesetzesvorschläge für die mobile ID und Initiativen für sichere digitale Identitäten gute Projekte angestoßen.
30	Förderung der Stiftung Datenschutz	↑	Es wurde die weitere Finanzierung der Stiftung zumindest vorerst gesichert.
31	Beschäftigtendatenschutz	→	Ein eigenes Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz wird nach wie vor geprüft. Im Betriebsrätemodernisierungsgesetz sind einige Klarstellungen eingeführt worden, die jedoch nicht alle datenschutzrechtlichen Fragen klären können. Die Frage, ob es ein Dateneigentum geben sollte ist richtigerweise mit "Nein" beantwortet worden.

Digitale Infrastruktur I

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
32	Gigabit-Versorgung	→	Der Anteil der mit min. 50 Mbit/s versorgten Haushalte stieg in der aktuellen Legislaturperiode seit Ende 2016 von 75 Prozent auf über 90 Prozent Ende letzten Jahres. 62 Prozent der Haushalte verfügen über gigabitfähige Anschlüsse, davon 23,7 Mio. Haushalte über HFC-Anbindungen und 5,1 Mio. Haushalte über FTTH/H-Anbindungen bei einer Überlappung von 60 Prozent. Knapp 4 von 10 gigabitfähig erschlossenen Haushalten buchen diese Geschwindigkeit. Das unrealistische Ziel einer flächendeckenden Gigabit-Versorgung bis 2025 ist dennoch nicht in greifbare Nähe gerückt und wird sich nicht vor 2030 realisieren lassen. Für sog. sozio-ökonomische Treiber wurde eine prioritäre Versorgungsmöglichkeit mit geförderten Gigabit-Anschlüssen umgesetzt.
33	Gigabitinvestitionsfonds	↑	In Deutschland stehen seit dem Start der Förderprogramme in 2015 ca. 11 Mrd. Euro Fördergelder für den Breitbandausbau zur Verfügung, insbesondere gespeist durch die Erlöse aus Frequenzauktionen. In Projekten sind zwar 6,6 Mrd. Euro gebunden, ausgegeben wurden allerdings bisher nur 565 Mio. Euro (Bundestag Drucksache 19/21141, Stand Juli 2020).
34	Förderung von Glasfasertechnologie	↑	Die Förderprogramme (insb. die graue Flecken-Förderung) wurden am unrealistischen 2025er Ziel ausgerichtet und lassen den von der Branche geforderten intelligenter Steuerungsmechanismus vermissen. Dieser ist erforderlich um vor dem Hintergrund begrenzter Baukapazitäten besonders schlecht versorgte Haushalte bei der Förderung zu priorisieren und öffentlicher Gelder nur dort einzusetzen, wo private Investitionen nicht zu erwarten sind.
35	Recht auf schnelles Internet	↑	Das Recht auf schnelles Internet wurde Mitte 2021 im Kontext des Universaldienstes mit der TKG-Novelle umgesetzt, wenn auch nicht zur Mitte der Legislaturperiode sondern am Ende.

Digitale Infrastruktur II

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
36	Entwicklung Deutschlands zum Leitmarkt für 5G	→	Für 5G-Anwendungen wurden unterschiedliche Förderprogramme aufgelegt und auch der marktgetriebene 5G-Netzausbau macht gute Fortschritte. Die Bundesnetzagentur hat bei der letzten Frequenzvergabe Frequenzen für lokale Anwendungen reserviert und bisher für 132 entsprechende Zuteilungen erteilt.
37	Nationales Roaming	↑	Vorgaben zum nationalen Roaming wurden gemäß dem EECC in der TKG-Novelle umgesetzt.
38	5x5G-Strategie	↑	Das Projekt wurde als 5G Innovationswettbewerb umgesetzt, in dem Projekte in 50 Regionen ausgewählt und bis zu 100.000 Euro erhalten konnten.
39	Verfügbarkeit von offenen und kostenfreien WLAN-Hotspots in DB-Zügen u. Bundeseinrichtungen	↑	Die Umsetzung ist erfolgt.
40	Beibehaltung der gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität	↑	Die Vorgaben zur Netzneutralität wurden vorhabengemäß nicht angepasst.
41	Sicherstellung der Breitbandversorgung aller Verkehrsträger	↑	<p>Der Mobilfunkausbau schreitet dynamisch voran. Grundlage dieser Fortschritte sind der Wettbewerb der Netzbetreiber ergänzt um differenziert begründete Versorgungsauflagen der Bundesnetzagentur:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bis Ende 2022 mindestens 98 % der Haushalte je Bundesland mit mindestens 100 Mbit/s, • bis Ende 2022 alle Bundesautobahnen mit mindestens 100 Mbit/s und höchstens 10 Millisekunden (ms) Latenz, • bis Ende 2022 die Bundesstraßen mit Verbindungsfunktionsstufen 0 / 1 mit min. 100 Mbit/s u. max. 10 ms Latenz, • bis Ende 2024 alle übrigen Bundesstraßen mit mindestens 100 Mbit/s und höchstens 10 ms Latenz, • bis Ende 2024 alle Landes- und Staatsstraßen mit mindestens 50 Mbit/s, • bis Ende 2024 die Seehäfen sowie das Kernnetz der Wasserstraßen im Binnenbereich mit mindestens 50 Mbit/s, • bis Ende 2022 die Schienenwege mit mehr als 2.000 Fahrgästen pro Tag mit mindestens 100 Mbit/s, • bis Ende 2024 alle übrigen Schienenwege mit mindestens 50 Mbit/s

Digitale Teilhabe / Digitale Verwaltung I

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
42	Prüfung der Ausgestaltung eines „Zivilgesellschaftlichen Digitalisierungsprogramms“ für ehrenamtliches Engagement	→	<p>Hier hat sich nicht zuletzt während der Corona-Pandemie einiges getan. Die Bedeutung der Digitalisierung für das Ehrenamt wurde erkannt und erforscht: Die Bundesregierung hat den dritten Engagementbericht verabschiedet, der insbesondere die Frage untersucht, wie sich gesellschaftliche Teilhabe und freiwilliges Engagement durch die Digitalisierung verändern.</p> <p>2020 wurde dazu die Stiftung für Engagement und Ehrenamt gegründet, die den Arbeitsschwerpunkt auf dem Bereich "Digitalisierung der Zivilgesellschaft" hat. Im Rahmen des OZG-Prozesses erstellt zudem das BMI nun gemeinsam mit NRW eine digitale Ehrenamtskarte. Ein Programm, wie im Koalitionsvertrag eigentlich angekündigt, wurde aber nicht auf den Weg gebracht.</p>
43	Förderung der Beteiligung an Parteiarbeit unabhängig vom Ortsprinzip	↓	Hierfür müsste die automatische Zuordnung zu einem Ortsverband durch eine entsprechende Änderung des Parteiengesetzes aufgehoben werden. Dies ist bisher nicht erfolgt.
44	Digitales Bürgerportal	→	Ein Bundesportal für Verwaltungsdienstleistungen wurde geschaffen. Jedoch sind noch nicht alle OZG-Leistungen verfügbar.
45	Portalverbund	→	Die Verknüpfung mit anderen Portalen (Länder, Rechnungseingangsportale etc.) ist noch nicht vollständig umgesetzt.
46	Errichtung einer E-Government-Agentur	→	Noch vor der Bundestagswahl ist die Eröffnung eines E-Government-Campus geplant. Durch diese Institution sollen dann die Aufgaben der ursprünglich geplanten E-Government-Agentur übernommen werden.

Digitale Verwaltung II

Nr.	Vorhaben KoA V	Bewertung	Stand/Hintergrund
47	Überprüfung der Digitaltauglichkeit von Gesetzen	→	Noch ist keine generelle Prüfung auf Digitaltauglichkeit etabliert. Standards, Systemarchitekturen und Interoperabilität werden aber zum Teil durch die AG Cloud und Digitale Souveränität des IT Planungsrats adressiert.
48	Berufung eines Digitalrats	↑	Der Digitalrat wurde eingesetzt.
49	E-Akte	→	Die E-Akte Bund ist Teil der Dienstekonsolidierung. Sie wird jedoch noch nicht flächendeckend in der Bundesverwaltung genutzt.
50	Beteiligungsplattform für alle Gesetzentwürfe	↓	Eine Umsetzung ist bisher noch nicht erfolgt.
51	Elektronischer Personalausweis	→	Die Online-Ausweisfunktion wurde umgesetzt. Es müssen aber noch weitere Einsatzbereiche erschlossen werden.
52	Registermodernisierung	→	Das Registermodernisierungsgesetz ist verkündet. Das Once-only-Prinzip ist aber noch nicht flächendeckend umgesetzt (v.a. verwaltungsebenenübergreifend).
53	Stärkung IT-Kompetenzen in der Verwaltung	↑	Die Digitalakademie Bund ist gegründet.
54	IT-Konsolidierung	↓	Die IT-Konsolidierung Bund verzögert sich trotz Anpassungen bei der Projektsteuerung weiter.
55	Digitale Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen stärken	→	Mit dem Einer für alle-Prinzip (EfA-Prinzip) wurde eine neue Form der arbeitsteiligen Zusammenarbeit geschaffen. Schneller und digitaler Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Verwaltungseinheiten (v.a. ebenenübergreifend) ist aber noch nicht vollständig umgesetzt.

E-Health

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
56	Ausbau der Gesundheitsforschung	→	Die industrielle Forschung hat immer noch kein Antragsrecht beim Forschungsdatenzentrum. Dabei sind rund 75% der Forschungsvorhaben von der Industrie getragen oder finanziert.
57	Roadmap E-Health-Lösungen	→	Es gibt immer noch kein eHealth-Zielbild bzw. eine bundesweite eHealth-Strategie. Die ausgewählten Maßnahmen wurden zwar auf den Weg gebracht, ein Aktionsplan mit Maßnahmen im Sinne eines E-Health-Zielbildes und Digitalisierungsstrategie fehlt jedoch weiterhin.
58	Weiterentwicklung des E-Health-Gesetz	→	Ab 2022 soll in der elektronischen Patientenakte der Mutterpass, das Zahnbonusheft und das U-Heft digital abgespeichert werden können. Zudem wurde die Einführung der Apps auf Rezept (DiGAs) beschlossen. Ab 1. Juli 2021 findet zunächst ein Feldtest des eRezepts in ausgewählten Praxen in Berlin/Brandenburg statt. Bundesweite Einführung des eRezepts ab 1. Januar 2022. In Zukunft sollen auch Folgerezepte elektronisch ausgestellt und Patienten auf Anfrage auch ohne physischen Arztbesuch über die E-Rezept-App bereitgestellt. Zudem sollen zukünftig digitale Videosprechstunden das elektronische Rezept kontaktlos übermitteln.
59	Nationaler Aktionsplan	↑	Schwerpunkt "Digitalisierung und Inklusion" im Nationalen Aktionsplan umgesetzt.
60	Einführung der elektronischen Patientenakte	↑	Die elektronische Patientenakte steht jedem bzw. jeder Versicherten seit dem 1.02.2021 freiwillig zur Verfügung
61	Abrechenbarkeit telemedizinischer Leistungen	→	Videosprechstunden sind immer noch nicht mit dem Arztbesuch vor Ort gleichgestellt (keine gleichwertige Vergütung & Abrechenbarkeit).
62	Einführung E-Health-Initiative und Strategieprozess Medizintechnik	→	Erste Dialoge mit Industrievertreterinnen und -vertretern haben stattgefunden, müssen aber für eine bundesweite eHealth-Strategie weiter fortgeführt werden.

Energie / E-Sports

Nr.	Vorhaben KoA V	Bewertung	Stand/Hintergrund
63	Smart-Meter-Rollout	→	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie treibt den Smart Meter Rollout voran. Es bleiben aber noch viele offene Fragen.
64	Maßnahmenplan zur Optimierung der Bestandsnetze und zum schnelleren Ausbau der Stromnetze	↑	Das Vorhaben wurde mit dem Aktionsplan Stromnetz umgesetzt.
65	Förderinitiative Games	↑	Die Förderinitiative wurde eingeführt. Im Jahr 2019 wurde die Pilotphase zur Computerspieleförderung des Bundes für kleinere Vorhaben bis 200.000 Euro Förderung umgesetzt. Die Förderrichtlinie für die Produktionsförderung mit größeren Förderbeträgen und der erste Förderaufruf wurden am 28. August 2020 veröffentlicht. Seit dem 28. September 2020 können Anträge eingereicht werden.
66	Gleichstellung des E-Sport mit anderen Sportarten	↓	Eine Gleichstellung des E-Sports mit anderen Sportarten oder eine Sonderregelung für die Gemeinnützigkeit wird es in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr geben. Das Innenministerium sieht die Maßgabe nach bestehendem Recht als erfüllt an, wenn sich die Vereine auf die Förderung der Jugendhilfe oder der Bildung berufen. Branchenverbände und Opposition sehen das anders.
67	Weiterentwicklung des Deutschen Computerspielpreis	↑	Die Bundesregierung hat ihr Engagement bei der Vergabe des Deutschen Computerspielpreises ausgebaut. Die Bundesregierung wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung sowie das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vertreten. Durch eine im Jahr 2019 verabschiedete neue Vereinbarung zum Deutschen Computerspielpreis wurde das Preisgeld erhöht, die Kategorien überarbeitet und die zukünftige Ausrichtung sichergestellt.

Finanzdienstleistungen / Integration Geflüchteter

Nr.	Vorhaben KoA V	Bewertung	Stand/Hintergrund
68	Blockchain-Strategie	↑	Deutschland hat im September 2019 seine Nationale Blockchain Strategie veröffentlicht. Außerdem wurde mit dem eWPG der Grundstein für die Nutzung von DLT im Wertpapiermarkt geschaffen und mit der Kryptoverwahrlizenz Rechtssicherheit für Kryptowertediensleister geschaffen. Deutschland hat außerdem auf europäischer Ebene die Markets in Crypto-Assets Regulation vorangetrieben, die momentan im EU Parlament und im Rat der EU diskutiert wird.
69	Fähigkeiten der Finanzaufsicht im Bereich Digitalisierung und IT-Sicherheit	→	Mit der geplanten Neuaufstellung der BaFin soll auch eine Data Intelligence Unit ins Leben gerufen und aufgebaut werden. Damit soll die IT-getriebene Aufsicht weiterentwickelt werden und man will sich damit als eine der modernsten Finanzaufsichten, die datenbasiert und mithilfe von KI arbeitet, etablieren. Der Erfolg dieses Modells muss allerdings erst dem Praxistest standhalten.
70	Stärkung der digitalen Infrastruktur für die Finanzmärkte	→	Der Regulator versteht zusehends, dass ein rein vertikaler Zugang für die Regulierung des Finanzmarkts durch das mittlerweile diverse Ökosystem von Finanzdienstleistern, Tech Companies und third party providers nicht mehr zielführend ist. Wichtig wäre hier ein starker europäischer Zugang um nationale Fragmentierungen zu vermeiden. Hier ist bspw. das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) zu nennen, dass die Frage der Auslagerung kritischer Anwendungen in einem nationalen Alleingang reguliert und nicht ausschließlich auf einen europäischen Weg via DORA setzt.
71	Digitale Angebote bei Orientierungs- und Integrationskursen für Geflüchtete	↑	Aufgrund der Corona-Krise wurden digitale Angebote geschaffen.

Forschung & Innovation I

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
72	3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung bis 2025	→	Ziel ist es, bis 2025 die FuE-Investitionen auf einen Anteil von mindestens 3,5 Prozent am BIP zu steigern. Für ein Drittel der Ausgaben will der Staat aufkommen, zwei Drittel soll die Wirtschaft tragen. Da das Ziel bis 2025 ausgerufen ist, kann man hier aktuell noch nicht von einer Umsetzung sprechen. Aber: im Jahr 2019 (aktuellste Auswertung) investierte Deutschland laut Stifterverband insgesamt 3,17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Forschung und Entwicklung.
73	Hightech-Strategie	↑	Im September 2018 hat das Bundeskabinett die Hightech-Strategie 2025 (HTS 2025) als strategisches Dach der Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung beschlossen. Im Fokus der der Hightech-Strategie 2025 standen die Bewältigung großer gesellschaftlichen Herausforderungen wie „Gesundheit und Pflege“, „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, „Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“.
74	Förderung von Sprunginnovationen	↑	Zur Förderung von Sprunginnovation wurde die Agentur zur Förderung der Sprunginnovationen, der SprinD GmbH, im Dezember 2019 gegründet. Die SprinD soll radikalen technologischen Neuerungen mit Sprunginnovationspotential zum Durchbruch verhelfen und damit Märkte disruptiv verändern. Darüber hinaus möchte die Bundesregierung durch die Gründung der Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH (Cyberagentur) solche bahnbrechenden und zukunftsgestaltenden Innovationen im Bereich der Cybersicherheit und diesbezüglicher Schlüsseltechnologien initiieren und vorantreiben, die strategische Vorteile für die Innere und Äußere Sicherheit schaffen.
75	Startups und Gründungen aus der Forschung	→	Die EXIST Förderrichtlinien „Forschungstransfer“ und „Potentiale“ wurden bis Ende 2023 und Ende 2025 verlängert. Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen werden mitunter durch unattraktive Rahmenbedingungen für Anschlussinvestitionen erschwert.

Forschung & Innovation II

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
76	Pakt für Forschung und Innovation	↑	Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und -chefs haben im Juni 2019 ein Paket von drei Bund-Länder-Vereinbarungen zur Stärkung des Wissenschafts- und Innovationsstandortes Deutschland beschlossen, darunter die Fortsetzung des Pakts von 2021 bis 2030. Mit dem PFI III verpflichten sich die Wissenschaftsorganisationen auf forschungspolitische Ziele, deren Umsetzung sie selbst ausgestalten. Dies ist verbunden mit einem jährlichen Monitoring-Bericht. Durch Kennzahlen in vielen Bereichen wird darin der Erfolg der Organisationen bei der Zielerreichung transparent gemacht. Im Gegenzug erhalten die Wissenschaftsorganisationen finanzielle Planungssicherheit durch einen regelm. Budgetzuwachs von aktuell 3 Prozent pro Jahr.
77	Forschungsförderung im Bereich Mikroelektronik	↑	Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert Forschung und Innovation in der Mikroelektronik in besonderem Maße in den Jahren 2021-2024: mit 400 Millionen Euro für die Forschungsförderung im Rahmenprogramm der Bundesregierung für Forschung und Innovation „Mikroelektronik. Vertrauenswürdig und nachhaltig. Für Deutschland und Europa“. Auf der EU Ebene hat sich Deutschland für ein IPCEI II für Mikroelektronik stark gemacht.
78	Steuerliche Forschungsförderung für KMU	↑	Einführung der steuerlichen Forschungsförderung zum 1. Januar 2020: Beim Forschungszulagengesetz handelt es sich um ein eigenständiges steuerliches Nebengesetz zum Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz, mit dem die privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung gefördert wird. Förderfähig sind Vorhaben im Bereich der Grundlagenforschung, der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung. Die Zulage kann von allen in Deutschland steuerpflichtigen Unternehmen beantragt werden; es gibt keine Begrenzung auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Allerdings ist die Bemessungsgrundlage, also der förderfähige Aufwand, den ein Unternehmen steuerlich geltend machen kann, auf 2 Mio. Euro pro Wirtschaftsjahr begrenzt.

Handel & Logistik / IT-Sicherheit

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
79	Kompetenzzentrum Handel	↑	Das Kompetenzzentrum Handel wurde am 1.7.2019 gegründet und dient insbesondere kleinen und mittelständischen Händlern als Anlaufstelle für Digitalthemen.
80	Innovationsprogramm Logistik 2030	↑	Das Innovationsprogramm Logistik 2030 wurde im September 2019 veröffentlicht. Um dieses Programm nachzuhalten, wurde eine Innovationskommission gegründet. Wichtig ist, dass die angeführten Punkte auch zügig und umfassend umgesetzt werden.
81	Förderung innovativer Logistikkonzepte	→	Es wurden vereinzelt innovative Projekte gefördert. Als Beispiel ist das Testfeld Digitaler Hafen in Hamburg zu nennen.
82	Unterstützung des Mittelstandes bei IT-Sicherheit	→	Mit dem Cyber-Sicherheitsnetzwerk wird eine flächendeckende dezentrale Struktur aufgebaut, die KMU und Bürgern bei IT-Sicherheitsvorfällen Unterstützung anbietet und die bestehende präventive Beratungsdienstleistungen ergänzt.
83	Nationaler Pakt Cybersicherheit	↑	Der Nationale Pakt Cybersicherheit wurde ins Leben gerufen und erste Arbeitsergebnisse liegen vor, bspw. liegt mit dem Online-Kompendium erstmalig ein strukturierter Überblick über die Cybersicherheits-Landschaft in Deutschland vor.
84	IT-Sicherheitsgesetz	↑	Das Gesetz ist in Kraft getreten und erweitert die Kompetenzen und Befugnisse des BSI.
85	Gütesiegel für IT-Sicherheit	→	Freiwilliges IT-Sicherheitskennzeichen ist im IT-SiG2 enthalten. Allerdings werden die Details erst noch in einer RVO geregelt.
86	Schutz kritischer Infrastrukturen	↑	Mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 sowie der Aktualisierung der BSI-KritisV wurde der Schutz kritischer Infrastrukturen in den Blick genommen.
87	Gründung einer Cyberagentur	↑	Die Agentur wurde gegründet und hat die Arbeit aufgenommen.
88	IT-Sicherheitsfonds	↓	Der IT-Sicherheitsfonds soll laut neuem Entwurf der Cybersicherheitsstrategie 2021 in den kommenden 5 Jahren geschaffen werden.

Industrie 4.0 / Künstliche Intelligenz

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
89	Setzung gemeinsamer Normen und Standards im Bereich Industrie 4.0	→	Die WIPANO-Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie fördert die Mitarbeit von KMU in Normungs- und Standardisierungsausschüssen. Auch über die Plattform Industrie 4.0, das Labs Network Industrie 4.0 sowie das Standardisation Council Industrie 4.0 werden gemeinsame Standards und Normen vorangebracht. Der angestoßene Prozess kann aber nicht als vollendet betrachtet werden.
90	Plattform zur besseren Vernetzung von Verbänden, Mittelstand, Kammer und Plattform Industrie 4.0	↓	Nicht umgesetzt.
91	Ausbau der Aktivitäten der Plattform Industrie 4.0	→	Die Plattform Industrie 4.0 wurde erfolgreich aufgebaut und ist ein großer Erfolg. Es wurde ein Leitbild entwickelt mit einer konkreten Vision. Es wurde die Industrial Digital Twin Association gegründet, um den standardisierten Digitalen Zwilling voranzubringen. Das Thema müsste insgesamt aber weiter oben auf der politischen Agenda stehen. Im Corona-Konjunkturpaket wurde es beispielsweise nicht berücksichtigt.
92	Etablierung Deutschlands als weltweit führender Forschungsstandort für KI	→	Messung von "führendem Standort bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz" komplex. Die KI-Forschung in Deutschland ist gut. Allerdings ist Deutschland kein führender Standort bei der Erforschung von KI. Deutsch-französische Initiativen wurden vorangebracht an verschiedenen Stellen. Gemeinsames öffentlich gefördertes Zentrum nicht eingesetzt. Zentrum für Systemforschung in Görlitz gegründet.
93	Aufbau dt.-frz. Zentrum für KI & Verabschiedung Masterplan "Künstliche Intelligenz"	→	Verschiedene Initiativen und Handlungsstränge zur Stärkung und Intensivierung der deutsch-französischen Kooperation im Bereich KI. Masterplan "KI" auf nationaler Ebene in Form der KI-Strategie der Bundesregierung gestartet.

Landwirtschaft / Medienpolitik

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
94	Förderung von Datenschnittstellen und standardisierten Datenformaten in der Landwirtschaft	↓	Datenschnittstellen zu den Agrarantragssystemen der Länder zur Automatisierung der Agraranträge sind nach wie vor nicht vorhanden, bzw. öffentlich.
95	Verfügbarkeit von offenen Daten in der Landwirtschaft	→	Staatliche Daten, wie Katasterdaten, Bodendaten, Geodaten, etc. sind immer noch nur teilweise öffentlich verfügbar. Es gibt massive Unterschiede zwischen den Bundesländern und uneinheitliche Formate. Das BMEL plant nun den Aufbau einer staatlichen Datenplattform, um die Verfügbarkeit öffentlicher Daten zu verbessern. Hierbei wird wichtig sein, auch die Länder mit einzubeziehen. Eine Plattform ohne Inhalt wird niemand voranbringen. Darüber hinaus wurde die Novelle des Open Data Gesetzes auf den Weg gebracht, was zu einer Verbesserung der Datenlage beitragen könnte.
96	Weiterentwicklung der Regelungen zur Interoperabilität in § 48 des Telekommunikationsgesetz	↑	In TKG-Novelle umgesetzt.
97	Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste	↑	Die Revision der Richtlinie ist durch seit 2018. Soziale Netzwerke direkt sind nicht im Anwendungsbereich aber "Video-Sharing-Dienste", was wohl häufig deckungsgleich ist.
98	Einbeziehung weiterer Verwertungsformen audiovisueller Inhalte, wie z. B. Streaming-Dienste, in die solidarische Filmförderung (FFG)	↑	Videoabrufdienste sind zwar laut Filmförderungsgesetz von 2014 schon abgabepflichtig, 2016 hat die EU-Kommission bestätigt, dass Video-on-Demand-Anbieter mit Sitz im Ausland zur Zahlung der Filmabgabe nach dem Filmförderungsgesetz des Bundes verpflichtet werden können. Bis 2019 waren zu dieser Frage noch Gerichtsverfahren anhängig.

Mittelstand / Mobilität

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
99	Unterstützung des Mittelstandes bei der Digitalisierung	↑	Beispielsweise wurde das Förderprogramm "Digital: Jetzt" zuletzt um zusätzliche 250 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket aufgestockt. Darüber hinaus wurden RKW-Veranstaltungen und Kompetenzzentren sowie Informationsprogramme erweitert.
100	Ausweitung des Innovationsprogramm Mittelstand	↑	Mit der neuen ZIM-Richtlinie ist das Programm seit Januar 2020 u.a. für mittelständische Unternehmen, die einschließlich verbundener oder Partnerunternehmen weniger als 1.000 Mitarbeiter beschäftigen (zuvor Begrenzung auf weniger als 500 Mitarbeiter) in Kooperationsprojekten geöffnet.
101	Modernisierung des Personenbeförderungsgesetz	↑	Das PBefG wurde novelliert.
102	Rechtsrahmen für autonomes Fahren schaffen	→	Das Gesetz zum Autonomen Fahren wurde verabschiedet. Die Vorgaben zum Datenschutz und zur Umsetzung der Sicherheitsvorgaben lassen jedoch einige Unklarheiten offen.
103	Einführung des elektronischen Tickets im ÖPNV	→	Das eTicket wird derzeit in manchen Verkehrsverbänden eingeführt, bspw. in NRW.
104	Weiterentwicklung der "Nationalen Plattform Elektromobilität"	↑	Die Weiterentwicklung wurde erfolgreich vorangebracht.

Open Data / Plattformen I

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
105	Ausweitung der Bereitstellung von Open Data durch zweites Open Data Gesetz	↑	Durch das „Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors“ – das so genannte Zweite Open-Data-Gesetz – wurde dieser Punkt umgesetzt. Wir begrüßen insbesondere, dass Open Data Koordinatoren in weiteren Behörden eingesetzt werden sollen. Allerdings hätte es Möglichkeiten für eine Erweiterung des Gesetzes gegeben: So sind Selbstverwaltungskörperschaften, insb. die Sozialversicherungsträger, explizit aus dem Anwendungsbereich ausgenommen. Weiterhin gibt es keinen Datenbereitstellungsanspruch.
106	Kostenlose Bereitstellung von öffentlichen Verwaltungsdaten für die Bevölkerung	→	Eine grundsätzliche Kostenfreiheit ist nicht gegeben. Es gibt es zahlreiche Sonderfälle und Ausnahmen, in denen von der grundsätzlichen Kostenfreiheit abgewichen werden kann und Entgelte berechnet werden.
107	Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes	↑	Das NetzDG ist zweifach überarbeitet worden. Eine Revision war bedingt durch die Umsetzung der audiovisuelle Mediendienste Richtlinie auf EU-Ebene und diente der Stärkung der Rechte der NutzerInnen. Die andere Revision im Rahmen des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität diente der Verbesserung der Strafverfolgung: Soziale Netzwerke müssen ab Februar 2022 wenn sie einen Hassrede-Inhalt löschen, die IP-Adresse des Verfassers ans BKA ausleiten.
108	Abbau vorhandener Hemmnisse für starke deutsche und europäische Akteure der Plattformökonomie	↓	Nicht umgesetzt.

Plattformen II / Smart City

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
109	Revision der E-Commerce-Richtlinie	→	Auf EU-Ebene ist eine Revision der E-Commerce-Richtlinie angestoßen worden.
110	Keine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern	↓	Uploadfilter kommen im Rahmen der Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie.
111	Vorteile von Smart City und Smart Rural Area nutzbar machen	↑	Das BMI hat das Förderprogramm "Smart City made in Germany" bzw. Smart City Modellkommunen erfolgreich umgesetzt. Über drei Förderstaffeln von 2019 bis 2021 standen insgesamt 820 Mio. Euro zur Verfügung. Die Gelder wurden im Rahmen der Konjunkturpakets der Bundesregierung von ursprünglich 750 Mio. Euro auf 820 Mio. Euro aufgestockt. Auch das Förderprogramm "Heimat 2.0" wird vorangetrieben und die Arbeit der Dialogplattform Smart Cities wurde intensiviert. Zudem hat das BMWI das Programm "Stadt.Land.Digital" verlängert. Im Rahmen des Digital Gipfels wurde in Zusammenarbeit mit der Initiative "Stadt.Land.Digital" ein "Smart City Navigator" mit bundesweiten Best Practices auf den Weg gebracht. Nicht zuletzt wurde im Rahmen von GAIA-X eine eigenständige Domäne "Smart City & Smart Region" gegründet.
112	Unterstützung von Kommunen durch Städtebauförderung	↑	Bundesweit wurden rund 750 Maßnahmen in rund 550 Kommunen gefördert (2017 bis 2020). Die Umsetzungsphasen/-stadien der Projekte jedoch sind sehr unterschiedlich.

Startups

Nr.	Vorhaben Koav	Bewertung	Stand/Hintergrund
113	Abbau steuerlicher und bürokratischer Hürden für Gründungen	↑	Das Bürokratieentlastungsgesetzes III wurde verabschiedet. Existenzgründern werden in den nächsten sechs Besteuerungszeiträumen von der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer befreit. Mit dem Fondsstandortgesetz wurden Management Fees von der Umsatzsteuer befreit.
114	Einführung einer Gründerzeit ähnlich der Familienpflegezeit	↓	Nicht umgesetzt.
115	Fortführung bestehender Instrumente zur Finanzierung von Gründungen	↑	Bestehende Förderprogramme wie EXIST, INVEST-Zuschuss, der HTGF, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wurden fortgeführt und in vielen Fällen weiterentwickelt und aufgestockt. Die neugegründete KfW-Capital unterstützt die VC- und VD- Fondslandschaft in Deutschland.
116	Einrichtung des Tech Growth Fund	↑	Im Rahmen der Tech Growth Fund Initiative stellen KfW und Bund jährlich 50 Millionen Euro für Venture Debt Finanzierungen bereit.
117	Auflage eines großen nationalen Digitalfonds	↑	Der Zukunftsfonds, mit einem Gesamtvolumen von 10 Mrd. Euro befindet sich im Aufbau. Erste Module sollen zeitnah ihre Investitionstätigkeit aufnehmen.
118	Förderung von Social Entrepreneurship	↑	Auf der Gründerplattform und existenzgruender.de werden Förderangebote für Sozialunternehmen nun explizit dargestellt. Ein Antrag der Regierungsparteien zur Stärkung von Social Entrepreneurship wurde im Mai 2020 angenommen.
119	Bürokratische Hemmnisse auf europäischer Ebene für Startups abbauen	→	Mit der Unterzeichnung des EU Startup Nation Standard wurde ein Grundstein für eine Startup-freundlichere Bürokratie gelegt.
120	Zugang zur Forschungsförderung für Startups erleichtern	↑	Das „Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung“ ist zum 1.1.2020 in Kraft getreten und soll die Forschung und Entwicklung in kleineren Unternehmen stärken.

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
121	Besteuerung von Internetkonzern auf Basis einer breiten Implementierung der OECD-BEPS-Verpflichtungen	→	Der BEPS-Aktionspunkt 13 sieht die Erstellung von länderbezogenen Berichten für multinational tätige Unternehmen und deren automatischen Austausch (sog. Country-by-Country-Reporting) vor. Mit dem "Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen" (BEPS-Umsetzungsgesetz) wurde durch die Aufnahme des § 138a in die Abgabenordnung die BEPS-Empfehlung zum Country-by-Country Reporting in nationales Recht umgesetzt. Die OECD-BEPS-Pläne hinsichtlich der globalen Mindestbesteuerung wurden noch nicht umgesetzt, weil es noch keine globale Einigung gibt. Beim vergangenen Treffen der G7-Finanzminister wurde allerdings immerhin in dieser Runde Einigkeit erzielt und die Pläne sollen auf G20-Ebene weiter vorangetrieben werden.
122	Ermäßigter Mehrwertsteuersatz bei gewerblich gehandelten Kunstgegenständen, E-Books, E-Papers und anderen elektronischen Informationsmedien	→	E-Books unterliegen gem. § 12 Abs. 2 Nr. 14 UStG seit Dezember 2019 dem verringerten Steuersatz von 7%. Im Kunstbereich ist die Umsatzsteuerermäßigung auf die Lieferungen nur bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen anwendbar. Im gewerblichen Kunsthandel (z.B. Galeristen und Kunsthändler) findet der ermäßigte Umsatzsteuersatz jedoch regelmäßig keine Anwendung. Der "gesetzgeberische Wille für den Kunsthandel aus dem Jahr 2014" wird insofern nicht umfänglich verwirklicht.

Urheberrecht / Verbraucherschutz I

Nr.	Vorhaben KoA V	Bewertung	Stand/Hintergrund
123	Dialog über die Einführung einer Lizenzierungsplattform für wissenschaftliche Publikationen	↑	Dialog wurde angestoßen.
124	Evaluierung des Urheberrechts-Wissengesellschafts-Gesetz für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich unter Abwägung aller Interessen	↑	Die Evaluierung ist erfolgt.
125	Weiterentwicklung des Urheberrechts auf europäischer Ebene	↑	Die Umsetzung der DSM-Richtlinie war Pflicht für Deutschland, ansonsten drohte ein Vertragsverletzungsverfahren.
126	Neuausrichtung des Systems der Vergütung für gesetzlich erlaubte Nutzungen wie z.B. die Privatkopie	↓	Nicht umgesetzt.
127	Einführung der Musterfeststellungsklage	↑	Die Musterfeststellungsklage wurde eingeführt.
128	Einrichtung eines bundesweiten Verbraucherinformationsportals	↓	Die Einrichtung eines einheitlichen Informationsportals steht noch aus.
129	Beschränkung der Klagebefugnis auf festgelegte qualifizierte Einrichtungen	↑	Das Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs ist eingeführt worden und hat die Kriterien für qualifizierte Einrichtungen festgelegt.

Verbraucherschutz II / Wettbewerb & Kartellrecht

Nr.	Vorhaben KoaV	Bewertung	Stand/Hintergrund
130	Entwicklung einer automatischen Vertragsentschädigung	↓	Nicht umgesetzt.
131	Erhöhung der Transparenz von Bewertungssystemen auf Vermittlungs-, Buchungs- und Vergleichsplattformen	↑	Neue Transparenzvorgaben wurden unter anderem durch die Umsetzung der Modernisierungsrichtlinie geschaffen.
132	Unterbindung unzulässiger Diskriminierung von Verbrauchern durch Algorithmen- und KI-basierte Entscheidungen	→	Zum Teil sind neue Regelungen im Zivilrecht durch die Umsetzung der ModernisierungsRL geschaffen worden. Weitere Regulierung ist vor allem auf europäischer Ebene in Arbeit.
133	Transparenz bei dynamischer Preisbildung	→	Transparenzregeln dazu wurden eingeführt. Allerdings belegt eine Studie des BMJV kürzlich, dass dynamische, personalisierte Preise im Markt kaum vorkommen.
134	Modernisierung des Kartellrechts	↑	Mit der 10.GWB Novelle wurde das nationale Kartellrecht überarbeitet und neue Befugnisse des Kartellamts geschaffen.
135	Einsetzung der Kommission "Wettbewerbsrecht 4.0"	↑	WK 4.0. wurde eingesetzt und hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Der Abschlussbericht war maßgebliche Grundlage für die 10. GWB Novelle

Kontakt

Ihre Ansprechpersonen



Fabian Zacharias

Leiter Public Affairs
E f.zacharias@bitkom.org
T +49 30 27576-105
@Bitkom_Politik



Paul Eggers

Referent Public Affairs
E p.eggers@bitkom.org
T +49 30 27576-211
@Bitkom_Politik



Lisa Burgstedt

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
E l.burgstedt@bitkom.org
T +49 30 27576-115